



Pressegespräch der Jungen Wirtschaft

- Präsentation der Ergebnisse der market-Umfrage
 - Konjunkturaussichten für das 2. Halbjahr 2018
 - Umgang der jungen Selbstständigen mit der DSGVO und dem Thema Daten im Allgemeinen
- Forderungen der Jungen Wirtschaft

Wien, 10. Juli 2018

Rückfragehinweis:

Junge Wirtschaft
Roman Vonderhaid
Tel: +43 05 90 900-3737
Mail: roman.vonderhaid@wko.at



Ihre Gesprächspartnerin

- Mag. Amelie Groß
Unternehmerin und Bundesvorsitzende der Jungen Wirtschaft



Zusammenfassung: Junge Selbstständige erwarten positive Konjunkturentwicklung

Die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer erwarten zu zwei Drittel weiterhin eine positive wirtschaftliche Entwicklung

Die rund 1400 Befragten erwarten mehrheitlich eine positive Konjunkturentwicklung. Auch wenn insgesamt etwas weniger erwarten, dass sich die Wirtschaft weiterhin positiv entwickelt, ist die Mehrheit weiterhin optimistisch. Zudem rechnen unter 10% mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Trotzdem nehmen sich weniger junge Selbstständige vor, ihre Investitionen zu erhöhen

Die Konjunkturzahlen des WIFO gehen weiterhin von einer Expansion der Österreichischen Wirtschaft im Jahr 2018 aus, die mit dem Vorjahr vergleichbar ist (+3,2%), gleichzeitig wird ein Abflachen der Konjunktur im Jahr 2019 (+2,2%) prognostiziert.

Diese Entwicklung schlägt sich auch bei den Jungunternehmern und bei ihrer Investitionsbereitschaft nieder. Während die Investitionen im Allgemeinen gleichbleiben, geben deutlich weniger an, mehr investieren zu wollen, als zuvor: Mit 30% planen 8% weniger als im Jänner ihre Investitionen zu steigern. 46% wollen ihre Investitionen weiterhin konstant halten (+3%)

Die erwartete Unterstützung durch die Banken ist zurückgegangen

Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Unterstützung bei geplanten Investitionen durch die österreichischen Banken, geben 7% weniger an, ausreichend unterstützt zu werden - Ein Rückgang von 43% auf 36%. 41% glauben, eher nicht oder nicht ausreichend unterstützt zu werden.

Auch gesunken: Bereitschaft Mitarbeiter einzustellen und die wahrgenommenen Kaufvolumina

Der Beschäftigungsbonus und das positive Wirtschaftswachstum waren in den vergangenen 18 Monaten sicher ein Treiber für die Bereitschaft mehr Mitarbeiter aufzunehmen. Heute sagen ganze 13% mehr als vor einem Jahr, dass sie dazu nicht bereit sind. 55% der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer sehen keinen Anstieg im Kaufverhalten der Kunden.

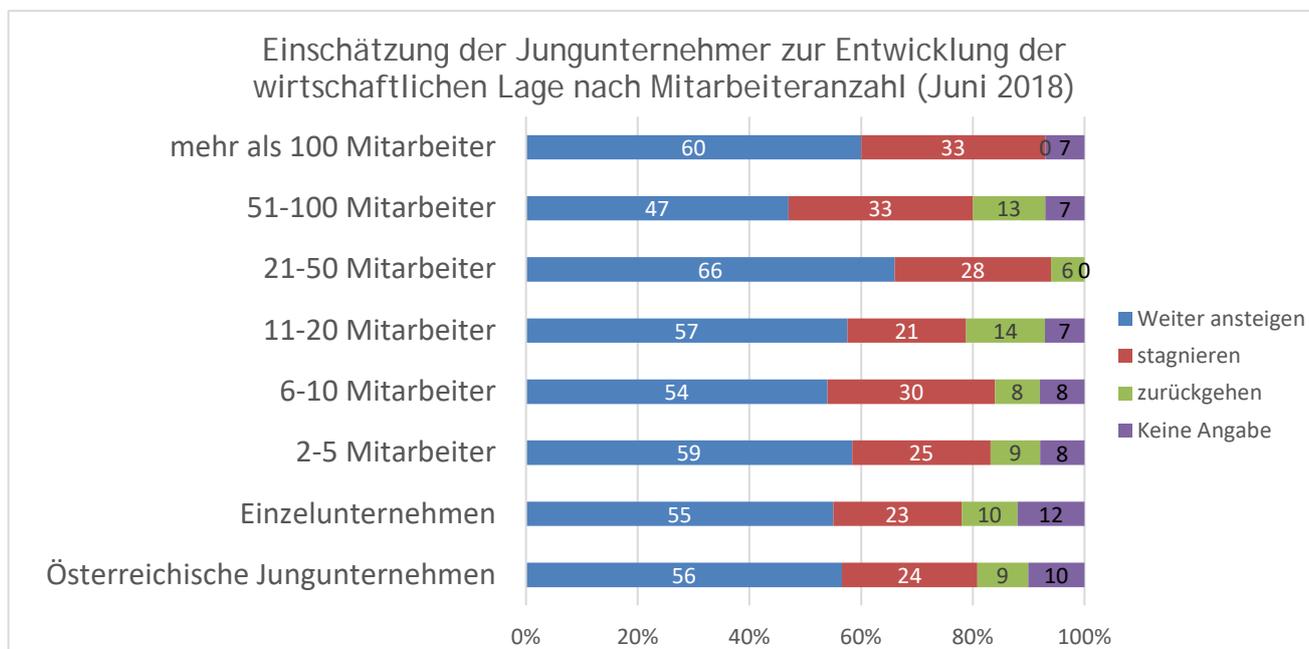


„All das zeigt: Es gib ein Abflachen des Optimismus. Wichtig ist es jetzt entgegenzuhalten und besonders im Finanzierungsbereich neue Möglichkeiten zu schaffen, damit die jungen Selbstständigen ihre Potentiale voll ausschöpfen können“, erklärt Amelie Groß, Bundesvorsitzende der Jungen Wirtschaft.

Im Detail: Die Ergebnisse des Konjunkturbarometers

Knapp 2/3 der Unternehmer glauben an eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs.

Damit sind 8% weniger positiv eingestellt als bei der letzten Umfrage. Gleichzeitig rechnen nur 9% mit einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage (+2%). Besonders pessimistisch sind Unternehmen mit 51-100 Mitarbeiter (nur 47% glauben an eine steigende Konjunktur, 13% an einen Rückgang der Konjunktur).



Befragung Juni 2018, n=1369: Maximale Schwankungsbreite +/- 2,70 Prozent

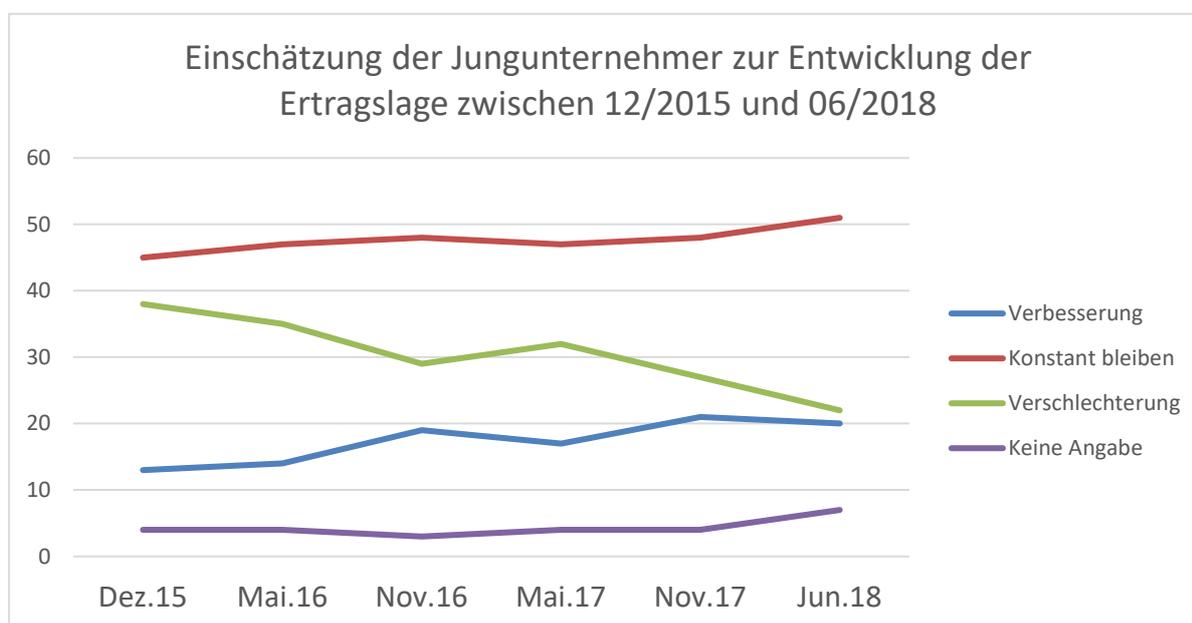
Ergebnisse in Prozent

Deutlich mehr Unternehmen stellen keine erhöhten Kaufvolumina mehr bei ihren Kunden fest

55% der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer sehen keinen Anstieg im Kaufverhalten der Kunden. Das sind 15% mehr als zu Jahresbeginn. Das Empfinden, dass die Kunden „deutlich mehr“ ausgeben ist um 7% (auf 13%) zurückgegangen. „Anders als in den letzten Jahren, geben die Kunden nun also deutlich weniger aus.“, so Groß.

Die Sorge um die Kostensituation geht bei den Betrieben weiterhin leicht zurück

Die stagnierenden Kaufvolumina scheinen die jungen Selbstständigen nicht über die Maße zu beunruhigen. Nur 22% glauben an eine Verschlechterung der Kostensituation – 5% weniger als in der Jänner-Umfrage. 71% der Befragten gehen von einer konstanten (51%) oder sich verbessernden (20%) Kostensituation aus. Das entspricht dem Niveau der letzten Jahre.



Befragung Juni 2018, n=1369: Maximale Schwankungsbreite +/- 2,70 Prozent

Ergebnisse in Prozent

Ein Drittel der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer plant eine Erhöhung der Verkaufspreise

Im Vergleich zum ersten Halbjahr haben mit 36 % etwas weniger Unternehmen (-4%) vor, ihre Verkaufspreise zu steigern. Insgesamt planen jedoch (wie bei der letzten Umfrage) 92% ihre Verkaufspreise entweder gleich zu halten (56%) oder zu steigern (36%).

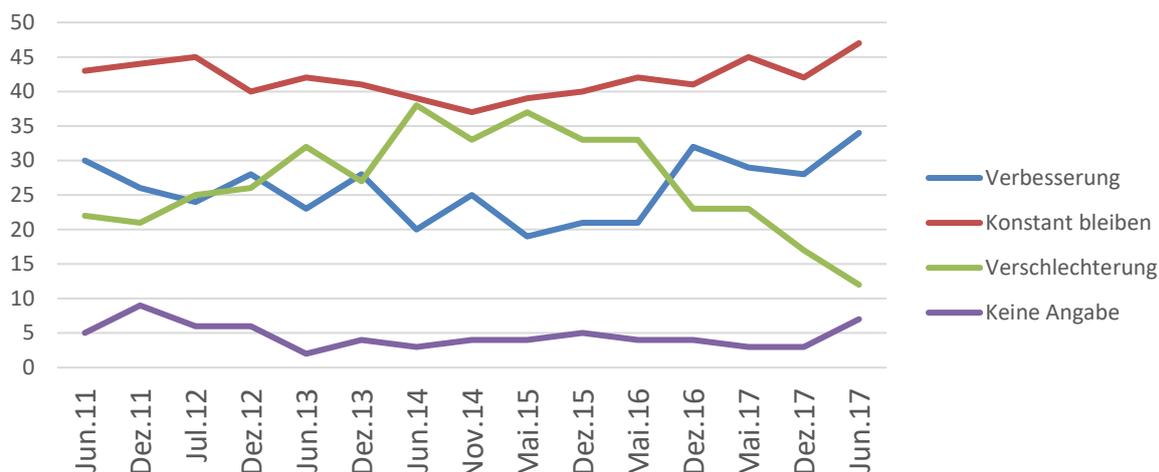
Auch bei der Frage nach der Entwicklung ihrer Ertragslage bleibt die Stimmung positiv.

Die große Mehrheit, nämlich 81%, geht von einer Steigerung (34%) oder Beibehaltung (47%) ihrer Erträge aus. Ein Trend, der sich bereits seit Herbst 2016 hält. Auch jene Unternehmer, die von einer Verschlechterung der Ertragslage



ausgehen, werden seither kontinuierlich weniger (von 32% im Herbst 2016 auf 12% heute).

Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der Ertragslage zwischen 06/2011 und 06/2018

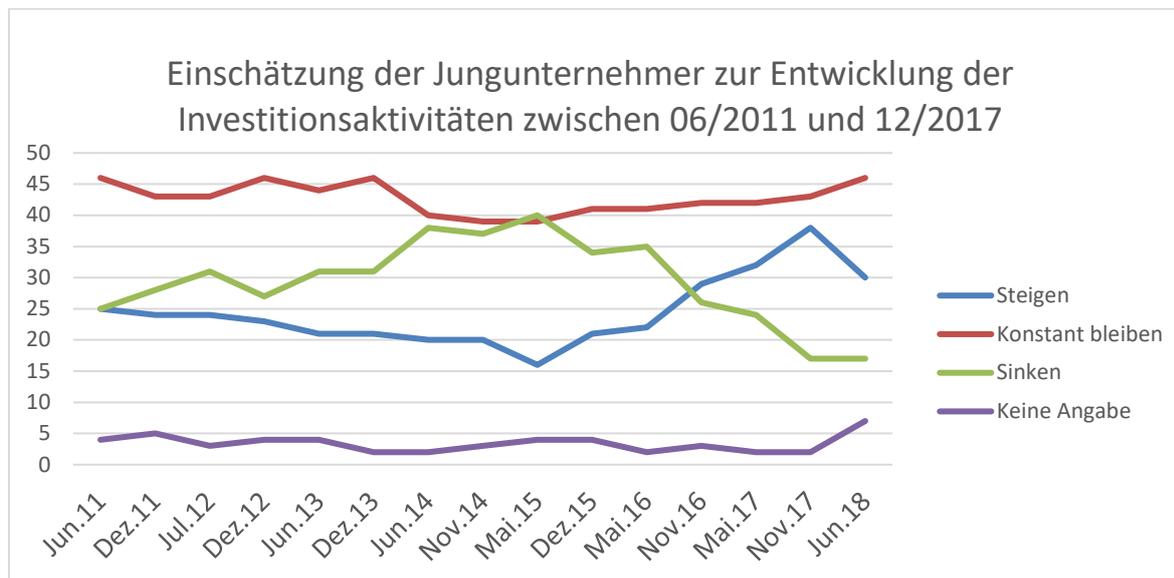


Befragung Juni 2018, n=1369: Maximale Schwankungsbreite +/- 2,70 Prozent

Ergebnisse in Prozent

Die Investitionsbereitschaft steigt zum ersten Mal seit 2015 nicht an

Im Bereich der Investitionsbereitschaft deutet sich eventuell eine Trendwende an. Ein knappes Drittel der befragten Unternehmerinnen und Unternehmer hat weiterhin vor, ihre Investitionen im nächsten halben Jahr zu erhöhen. An sich ein positives Bild, dennoch ein deutlicher Rückgang (-8%) im Vergleich zur letzten Umfrage. Etwas mehr Unternehmen (+3%) haben hingegen vor, ihre Investitionen konstant (46%) zu halten.



Befragung Juni 2018, n=1369: Maximale Schwankungsbreite +/- 2,70 Prozent

Ergebnisse in Prozent

Die Kritik an der Unterstützung durch die Banken wird lauter

Nur noch 11% (-2%) glauben, von den Banken bei ihren Investitionsvorhaben ausreichend Unterstützung zu erhalten und nur 25% (-5%) denken, dass das eher der Fall ist. 41% sehen „eher keine“ (25%) oder „keine“ (16%) ausreichende Unterstützung in diesem Bereich.

„Neben der Möglichkeit einer Kreditfinanzierung muss eine zukunftsorientierte Investitionskultur in Österreich etabliert werden. Es muss deutlich attraktiver werden, sich als privater Investor an Unternehmen zu beteiligen. Hier wäre ein Beteiligungsfreibetrag die optimale Ergänzung zum novellierten Alternativfinanzierungsgesetz.“ so Amelie Groß.

Deutlich weniger junge Selbstständige planen weitere Mitarbeiter einzustellen

Die Bereitschaft in den kommenden Monaten neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen, ist deutlich gesunken. Nur 30% planen oder planen eher neues Personal einzustellen. 16 % sagen hier „ja“ (-6%) und 14 % sagen „eher ja“ (-5%).

Ein überraschend klarer Richtungswechsel zeigt sich unter jenen, die sagen, dass sie keine neuen Mitarbeiter einstellen werden. Ganze 49%, also fast die Hälfte aller Befragten, schließt das kategorisch aus. Der Beschäftigungsbonus und das positive Wirtschaftswachstum waren in den vergangenen 12 Monaten sicher ein Treiber für die Bereitschaft mehr Mitarbeiter aufzunehmen. Heute sagen 13% mehr als vor einem Jahr, dass sie dazu nicht bereit sind.



„Die Steuer- und Abgabenquote muss nachhaltig gesenkt werden, wenn wir den Optimismus der Jungunternehmer wieder stärken wollen. Versprechungen stehen nun schon zu lange im Raum.“ stellt Groß klar.

Conclusio: Der Optimismus der jungen Selbstständigen hat einen Dämpfer bekommen!

„Die jungen Selbstständigen sind mit hohen Erwartungen ins Jahr 2018 gegangen. Die neue Regierung und der anhaltende Wirtschaftsaufschwung befeuert den Willen zu investieren und neue Mitarbeiter einzustellen.“ so Amelie Groß. *„Nur mit ausreichendem Zugang zu Kapital und zu alternativen Finanzierungsformen werden Unternehmen jetzt ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Es gilt die Regularien im Bankenfinanzierungsbereich anzupassen, um den Standort und unsere jungen und innovativen Unternehmen mit dem notwendigen Zukunftskapital zu versorgen und dabei Freiräume für das proaktive Gestalten ihrer Geschäftsmodelle schaffen.“*



Umgang der jungen Selbstständigen mit der DSGVO und dem Thema Daten im Allgemeinen

Wenige Tage nach der Einführung der DSGVO hat die Junge Wirtschaft die 1400 teilnehmenden Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer nach ihrem Umgang mit der DSGVO und dem Thema Daten und Datennutzung im Allgemeinen befragt.

Ergebnis: Die Arbeitsweise von einem Drittel der Unternehmer hat sich durch die DSGVO stark verändert.

Während im Durchschnitt etwa ein Drittel (34%) der Unternehmer angibt, ihre Arbeitsweise hätte sich durch die DSGVO verändert, gibt es deutliche Unterschiede, was die Unternehmensgröße angeht. Je mehr Mitarbeiter ein Unternehmen hat, umso größer ist tendenziell der Einfluss der DSGVO auf die Arbeitsweise. Unternehmen mit 51 bis 100 Mitarbeitern finden zu 60%, dass sich ihre Arbeitsweise „eher stark“ verändert hat (0% „sehr stark“). Bei Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern haben 40% den Eindruck, dass sich die Arbeitsweise „sehr stark“ (0% „eher stark“) verändert hat.

Nur 46% der Unternehmer fühlten sich auf die DSGVO ausreichend vorbereitet.

Es fühlt sich nur etwa die Hälfte (46%) der Unternehmen ausreichend vorbereitet. Ein mögliches Zeichen für die anhaltende Unsicherheit mit dem Umgang mit Daten. Jene Unternehmen, die sich am meisten durch die DSGVO beeinflusst sehen, fühlen sich auch am besten vorbereitet.

Vorbereitung meist durch Eigenlektüre - Häufig auch durch Services der WKÖ

Fragt man die jungen Selbstständigen, wie sie sich auf das Inkrafttreten der DSGVO vorbereitet haben, geben 62% an, sich selbst eingelesen zu haben. Auf Rang zwei steht die Inanspruchnahme von Services der Wirtschaftskammer (39%). Das entspricht den Erfahrungen der Kammer. Der Ansturm auf Informationen war hoch - Veranstaltungen und Informationsmaterialien der Wirtschaftskammer waren stark nachgefragt. „Diese Anstrengung ist jedoch mit Sicherheit noch nicht vorüber. Auch jene Hälfte der Unternehmer die sich noch nicht ausreichend vorbereitet fühlt, muss noch erreicht werden.“



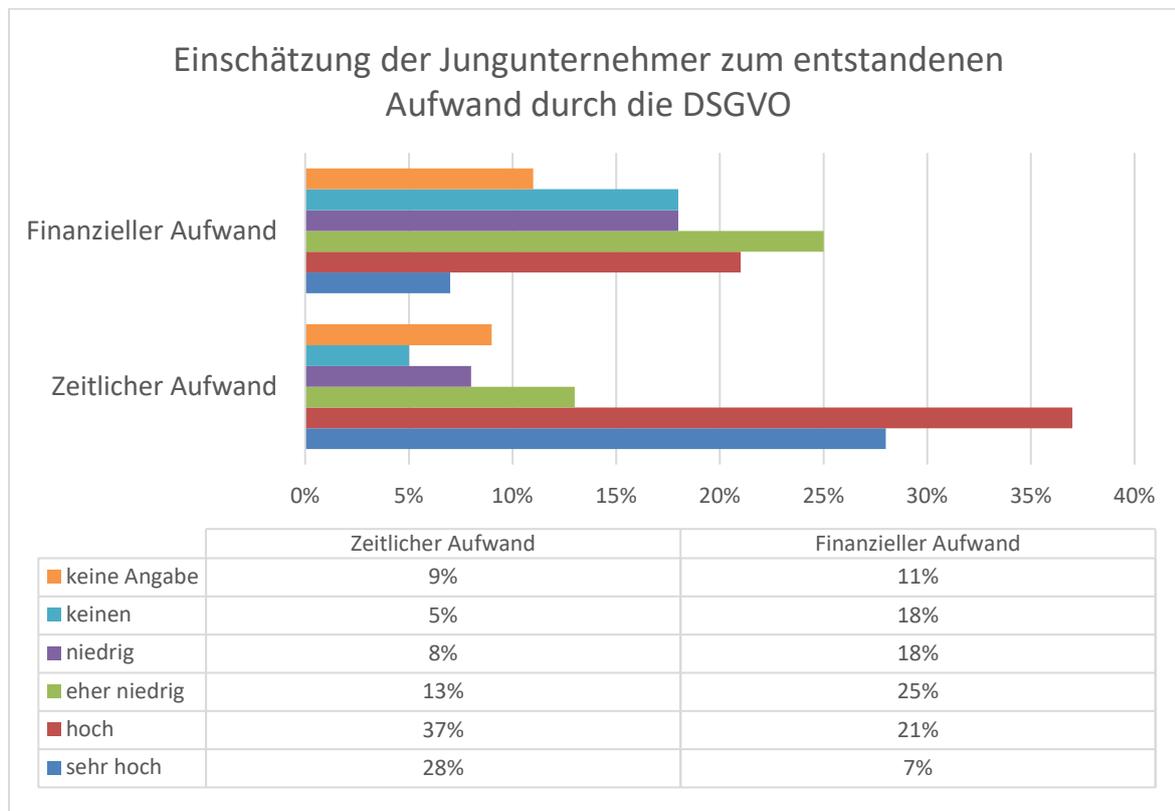
Beraten statt Strafen

„Wir freuen uns, dass das Prinzip „Beraten statt Strafen“ in der Datenschutznovelle verankert wurde.“ erläutert Groß. „Die Ängste der Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer in Bezug auf die hohen und existenzgefährdenden Strafdrohungen, wurden mit dieser Maßnahme abgemildert.“

Der zeitliche Aufwand überwiegt den finanziellen Aufwand bei Weitem!

Bei jenen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich vorbereitet haben, schätzen 65% der den zeitlichen Aufwand für die DSGVO als hoch oder sehr hoch ein. 37% sehen einen „hohen“ und 28% einen „eher hohen“ zeitlichen Aufwand. Auf der anderen Seite sprechen nur 21% von einem „niedrigen“ oder „eher niedrigen“ Aufwand und nur 5% gaben an keine Zeit in die Anpassung an die Verordnung investiert zu haben. Für zeitlich besonders aufwändig, halten Unternehmen mit 11-50 Mitarbeitern (85%) die DSGVO-Anpassungen.

Der finanzielle Aufwand fällt im Vergleich geringer aus. Nur 28% geben an, einen hohen (21%) oder sehr hohen (7%) finanziellen Aufwand gehabt zu haben. 43% schätzen ihre finanziellen Aufwendungen als „niedrig“ (18%) oder „eher niedrig“ (25%) ein. 11% sehen keinen finanziellen Aufwand. Den finanziellen Aufwand schätzen Unternehmen mit als 100 Mitarbeitern als am höchsten ein.



Befragung Juni 2018, n=1369: Maximale Schwankungsbreite +/- 2,70 Prozent

Ergebnisse in Prozent

Umgang mit der DSGVO darf die Arbeit der jungen Selbstständigen nicht behindern.

„Es ist wichtig, dass beim weiteren Umgang mit der DSGVO sichergestellt wird, dass den Unternehmen nicht wertvolle zeitliche Ressourcen entzogen werden, die sie für die Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells in Zeiten der Digitalisierung benötigen.“ ist Groß überzeugt.

Was die Unternehmen derzeit mit ihren Daten (nicht) tun.

Nur ca. ein Fünftel (17%) der Unternehmen plant zukünftig Daten verstärkt als Grundlage für unternehmerische Entscheidungen zu nutzen. Auch plant die Mehrheit (54%) keine weiteren Investitionen in eine verstärkte Datennutzung.

Einzig große Unternehmen mit über 100 Mitarbeitern scheren aus: Hier planen 40% eine verstärkte Datennutzung. Die meisten der geplanten Investitionen im Bereich Datennutzung sind in der Anschaffung von Software und Analysetools (17%) sowie in der Aus- und Weiterbildung von Personal (12%) geplant.



Ein Viertel der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer rechnet mit einem vermehrten Einsatz von Maschinen anstelle von Arbeitskräften.

Auf die Frage „Wie hoch ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit ist, dass in der eigenen Branche zukünftig vermehrt Maschinen und Programme wesentliche Teile der menschlichen Arbeitsleistungen übernehmen werden?“ antworten immerhin 24% mit sehr hoch (8%) und hoch (16%).

Wird es bei einem Viertel unserer Unternehmen einen derartigen Umbruch geben, stehen wir bereits vor erheblichen Herausforderungen im Bereich des Arbeitsmarktes. Fallen heute bestehende Jobs weg, müssen die Mitarbeiter auf neue Aufgaben vorbereitet werden.

28% der befragten glauben, dass es keine Wahrscheinlichkeit gibt, dass das eintritt. 24% halten sie für niedrig und 21% für eher niedrig.

Dringend gebraucht: Konstruktive, öffentliche Zukunftsdebatte

Die datengetriebene Ökonomie, also unter anderem Big bzw. Smart Data, Artificial Intelligence und Robotics, werden unseren Arbeitsalltag derart beeinflussen bzw. optimieren, dass gewisse Tätigkeiten ohne menschliche Beteiligung passieren können. Das ist in vielerlei Hinsicht eine positive Entwicklung. Gleichzeitig ist es jedoch auch klar, dass andere Fertigkeiten gefragt sein werden

„Wir müssen Bildung in Bereichen forcieren, die den Anforderungen der Zukunft entsprechen“, setzt sich Amelie Groß für eine zeitgemäße Bildung ein. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Berufe Gefahr laufen, zukünftig obsolet zu sein und beispielsweise durch 3D Druck oder Elektromobilität komplett zu verschwinden. *„Dabei geht es nicht nur darum, Menschen neue Skills für alte Jobs zu vermitteln - es geht darum, eine Debatte zur Zukunft der Arbeit anzustoßen.“* Ist Groß überzeugt.



Conclusio und Forderungen

Die Digitalisierung betrifft jedes Unternehmen - vom produzierenden Betrieb über Serviceunternehmen bis zum Handwerker. Die neuen Chancen und Möglichkeiten müssen den Unternehmern aufgezeigt werden

Wir müssen die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer in die Lage versetzen, Möglichkeiten auch zu nutzen:

Durch modernste (digitale) Infrastruktur, aber auch durch die notwendigen rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für den Standort und nicht zuletzt optimal ausgebildete Fachkräfte.

Die Vorschusslorbeeren an die Bundesregierung wurden bisher nicht eingelöst!

Zwei Drittel sahen bei der letzten Umfrage der JW vom Jänner 2018 das Ergebnis der Nationalratswahlen positiv für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ihrer Branche. Nun sind die Unternehmer etwas skeptischer. Auf die Frage, ob man denkt, dass sich die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der eigenen Branche in der laufenden Legislaturperiode verbessern würde, antworteten nur 34% mit einem „Auf jeden Fall“ (9%) oder einem „Eher schon“ (25%). 40% glauben hingegen „Eher weniger“ (31%) oder „Sicher nicht“ (19%) an eine solche Verbesserung.

Das zeigt: Die Frustration bei den jungen Selbstständigen ist immer noch hoch.

„Die Regierung wird hoffentlich die wichtigsten bürokratischen Hürden abbauen, um der bestehenden Skepsis unter den jungen Selbstständigen entgegenzuwirken und letztlich den abflachenden Optimismus wieder anfeuern“, richtet sich Groß an die Bundesregierung.

Bürokratische Hürden müssen abgeschafft und die Belastung der Unternehmerinnen und Unternehmer muss weiter reduziert werden.

Die Junge Wirtschaft fordert weiterhin eine Senkung der Abgabenquote auf 40% und der Körperschaftsteuer auf 20%.

Ein wichtiger Faktor für jeden Unternehmer ist die bürokratische Belastung durch die Lohnverrechnung zu vereinfachen:

- Es braucht ein gemeinsames Verfahrensrecht für Steuer und Sozialversicherung und eine Einhebung aller Abgaben durch eine Stelle.



- Eine weitere Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen im Sozialversicherungs- und Lohnsteuerrecht ist notwendig. Bitte Hintergrundinfo an mich.
- Form- und Meldepflichten sind für Unternehmen auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren.

Unter andern würde die Streichung der Veröffentlichungspflichten in der „Wiener Zeitung“ die österreichischen Betriebe jährlich um 15 Mio. Euro entlasten.

Zugang zu alternativen Finanzierungsformen erleichtern

Nur mit ausreichendem Zugang zu Kapital und zu alternativen Finanzierungsformen, werden Unternehmen ihr volles Potential ausschöpfen können.

- Es gilt die Regularien im Bankenfinanzierungsbereich anzupassen.
- Ein echter Beteiligungsfreibetrag in der Höhe von EUR 100.000 würde private Investitionen in Unternehmen attraktiver machen und so die Finanzierungssituation vieler (Jung-) Unternehmer massiv verbessern.

Auch im Bereich des akuten Fachkräftemangels und der Bildungsfrage muss weiterhin dringend gehandelt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem nötigen Rüstzeug ausgestattet und auf die neue Welt der Arbeit vorbereitet werden.

- Wir müssen ein ganztägiges, individualisiertes Schulangebot schaffen.
- Das Interesse für MINT-Fächer muss bei Mädchen und Buben gefördert werden.
- Es braucht eine zeitgemäße Ausbildung für Lehrende auf allen Bildungsebenen.
- Der Zugang zu Lehrausbildungen nach der Matura muss vereinfacht werden.

Neben Maßnahmen im Ausbildungs- und Bildungsbereich, muss aber auch die RWR Card erweitert werden, um Fachkräfte aus dem Ausland gezielt anzuziehen.



„Wir wollen, dass unsere jungen Selbstständigen - egal ob Start-Up oder mittelständischer Betrieb, die Digitalisierung nicht nur meistern, sondern als Innovationsmotoren aktiv mitgestalten.“

Chancen für Unternehmer müssen sichtbar und für jeden einzelnen nutzbar gemacht werden. Wir fordern daher ein klares Konzept für den digitalisierten und wettbewerbsfähigen Standort:

- Mit ausgezeichneten Fachkräften und nachhaltiger Bildung,
- niedriger Bürokratie- und Steuerbelastung
- und nicht zuletzt durch optimale Bedingungen für Investitionen in Innovation

Wir brauchen, gerade was Themen wie datenbasierte Ökonomie und die damit einhergehenden Herausforderungen im Bildungsbereich angeht, einen offenen und tiefgehenden Diskurs, der auch die Unternehmerinnen und Unternehmer einschließt und Zukunftsthemen sichtbar und begreifbar macht.

Rückfragehinweis:

Junge Wirtschaft
Roman Vonderhaid
Tel: +43 05 90 900-3737
Mail: roman.vonderhaid@wko.at